

DIE LINKE, Niedersachsen, Goseriade, 8, 30159 Hannover

Gewerkschaft der Polizei Niedersachsen
Berckhusenstraße 133 a
30625 Hannover

Giesela Brandes-Steggewentz
Landesvorsitzende

Goseriade 8
30159 Hannover

Telefon 0511 - 92 45 910
Telefax 0511 - 92 45 911

landesbuero@dielinke-nds.de
www.dielinke-nds.de

Sparkasse Hannover
Konto-Nr. 590 606
BLZ 250 501 80

Hannover, 20.11.2012

Forderungen und Erwartungen an/für eine neue Polizei- und Politikkultur in Niedersachsen

Sehr geehrter Kollege Schilff,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 18. Oktober 2012, mit welchem Sie uns Ihre Forderungen und Erwartungen an/für eine neue Polizei- und Politikkultur in Niedersachsen übermittelt haben und zugleich um unsere Positionierung zu Ihren Hauptforderungen bitten. Dieser Bitte komme ich gern nach.

- **Einstellung von jährlich 700 Anwärterinnen/Anwärtern für den Polizeiberuf und Verbesserung entsprechender Lehrmöglichkeiten**

Angesichts der sich abzeichnenden Pensionierungszahlen wurde in den letzten Jahren eine zu geringe Anzahl von Anwärterinnen und Anwärtern für den Polizeidienst in Niedersachsen eingestellt. Aus diesem Grund unterstützt DIE LINKE die Forderung nach einer jährlichen Einstellung von 700 Anwärterinnen/Anwärtern für den Polizeiberuf.

- **1500 zusätzliche Stellenhebungen von A 9 nach A 10**

DIE LINKE fordert ein Stellenhebungsprogramm bei der Polizei. 1500 Stellen müssen umgehend von A 9 nach A 10 gehoben werden. Diese Forderung war auch bereits Bestandteil der Anträge der Linksfraktion im Zusammenhang mit den Beratungen für den Landeshaushalt 2012/2013.

- **Abschaffung des begrenzten „Dienstpostenkonzeptes A 11“**

DIE LINKE lehnt dieses Konzept grundsätzlich ab und setzt sich in der kommenden Legislaturperiode für eine Neukonzipierung ein. Das Dienstpostenkonzept A11 hat sich in der Praxis nicht bewährt, löst den Beförderungsstau in der Polizei insbesondere im Bereich von A 9 und A 10 nicht auf und hat letztlich zu einem sogenannten „Versetzungstourismus“ geführt. Das Konzept behindert zudem den fachgerechten, spezialisierten Einsatz von Mitarbeitern, so z.B. bei der Versetzung aus spezialisierten Aufgabenbereichen aufgrund mangelnder Beförderungsmöglichkeiten.

- **Anrechnung von 100 Prozent der Bereitschaftszeiten**

DIE LINKE unterstützt die Forderung nach 100%iger Anrechnung der Bereitschaftszeiten als Dienstzeit.

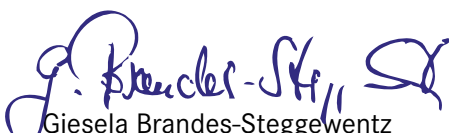
- **Wiedereinführung des Weihnachtsgeldes, mindestens wie bei der Bundespolizei**

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die Entgeltkürzungen beim Weihnachts- und Urlaubsgeld bei den Landesbediensteten zurückgenommen werden.

- **Endlich ausreichende Perspektive für Tarif und Verwaltung: bessere Bezahlung, Qualifizierung und Aufstiegsmöglichkeiten durch eine analytische Stellenbewertung**

DIE LINKE spricht sich grundsätzlich für ein Programm zur Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes aus. Dazu gehören u.a. Stellenhebungen, Schaffung von größeren Einstellungskorridoren, die Rücknahme der Entgeltkürzungen beim Weihnachts- und Urlaubsgeld und eine Besserstellung der unteren Tarifgruppen. Der öffentliche Dienst hat eine gute Chance im Wettbewerb mit privatrechtlichen Beschäftigungsverhältnissen, wenn dort ein entspanntes Betriebsklima herrscht und nicht eine Arbeitsverdichtung, die ihr Vorbild in der Privatwirtschaft sieht.

Mit freundlichen Grüßen


Giesela Brandes-Steggewentz
Landesvorsitzende